

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Torgau, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Kreisgericht, des Rates der Stadt Torgau, des Finanzamts Torgau und des Hauptzollamts Torgau.

Verlagsort: Torgau, Nr. 20.

Nr. 302.

Montag, 31. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 30. 12. 23 bis 4. 1. 24 90 Hg. einsch. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Einzeln für die Nummer des Ausgabebezuges sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Torgau. Schlichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Torgau. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Torgau. Für Anzeigen: Wilhelm Dittus, Torgau.

## Zur Jahreswende.

Ein neues Jahr beginnt den Gang;  
Wir grüßen's nicht mit Jubelklang.  
Ein Leben nur, ein stummer Schrei:  
Herr, mach' uns frei, Herr, mach' uns frei!  
Wend' ab die unerhörte Not,  
Gewähr' uns unser täglich Brot,  
Dah' unser Los zu tragen sei,  
Und mach' uns frei, Herr, mach' uns frei!  
Reiß' uns, Herr Gott, aus Nacht und Schand',  
Sieh mild auf unser armes Land,  
Dah' es geläutert neu gedeh',  
Und mach' uns frei, Herr, mach' uns frei!

Friedr. W. Fuhs.

## Ein Jahr der Not — ein Jahr der Ermannung.

(Wirtschaftspolitische Neujahrsvorlesung.)

Die Jahreswende regt zu Gedanken darüber an, was uns das alte Jahr gebracht hat und wie es im neuen Jahr werden soll. Wirtschaftspolitisch war das Jahr 1923 vor seinen Vorgängern ausgezeichnet durch einen so rapiden Verfall, wie wir ihn seit dem unglücklichen Herbst 1918 nicht erlebt haben. Im Jahre 1923 ist die Papiermark gestorben. Es blüht heute unglücklich, daß der Dollarfuß Ende 1922 noch nicht 7000 Mark betragen hat, während er bis Ende 1923 die gigantische Höhe von 1,2 Billionen erreichte. Die Papiermark ist seit einhalb Monaten durch die stabile Rentenmark ersetzt, deren innerer Festigkeit letzten Endes das Finanz- und wirtschaftspolitische Streben von Regierung und Volk gilt. In einem Punkte gleicht das Jahr 1923 seinen Vorgängern aus: Die Hoffnung darauf, daß sich unsere Lage auch ohne unser Zutun „von selbst“ oder „durch die Hilfe anderer Länder“ bessern würde, hat wieder getrogen. Wir setzen uns gegen Vertrags- und Rechtsbruch unserer weltlichen Nachbarn zur Wehr, die behaupten, die Fortnahme unserer reichsten Wirtschaftsprüfung sei eine Garantie für die Erfüllung unerfüllbarer Verpflichtungen. Man hört sehr oft die Meinung, der Abwehrkampf an Rhein und Ruhr sei vergeblich gewesen und hätte deshalb gar nicht begonnen werden dürfen. Wir haben allerdings durch die Verweigerung jeglicher Mitarbeit an der französischen „Erschiebung“ der Westmark die ungetriebenen Gäste nicht über die Grenze zurückkomplimentieren können; wir haben aber unser Volk in all seinen Teilen vor eine praktische Aufgabe gestellt und ihm Selbsteinheit gegeben, für ein großes Ziel zu streben und zu leiden. Das war es, was uns all die früheren Jahre hindurch gefehlt hat. Unser Volk pochte auf seine Rechte und verhandelt es nicht, daß ihm aus der Niederlage und dem 4-jährigen Friedensvertrag nichts anderes erwachsen könnte als erhöhte Pflichten und Entbehrungen.

Neben diesem Kampf nach außen hat auch der Reformanlauf, den das deutsche Volk im Herbst 1923 unternahm, und der nicht wie schon mancher frühere Anlauf schon in den Anfängen stecken geblieben ist, die politischen und geschäftlichen Kreise des Auslandes für uns interessiert. Die zahlreichen Regierungskrisen der letzten Monate haben allerdings zum Verlust solcher Zeit geführt. Erst Anfang Dezember wurden die Finanzverordnungen erlassen, durch welche der Reichshaushalt in Ordnung gebracht und die neue Währung auf eine solide Grundlage gestellt werden soll. Der Sanierungskredit, welchen die Rentenmarkbank dem Reich gewährt hat, und über den sie nicht hinaus gehen will und kann, ist nahezu erschöpft, und innerhalb weniger Wochen müssen die regulären Einnahmequellen so reichlich fließen, daß damit der öffentliche Bedarf voll gedeckt wird. Dies wäre sicherer und ohne allzu große Uebergangsschwierigkeiten erreicht worden, wenn die Notverordnungen der Reichsregierung schon zwei Monate vorher erlassen wären. Die Verantwortlichkeit zum Opfer ist zwar im deutschen Volke gewachsen, aber erst in den letzten Wochen des alten Jahres hat man auf jeden Verzögerungsverlust verzichtet. Wenn etwas erreicht sein könnte, die in unserem Volke immer noch vorhandenen Gegenströmungen zu hemmen, so ist es die Rede von Kardos gewesen, die am 21. Dezember in der Pariser Deputiertenkammer gehalten wurde. Frankreich wird unter seiner heutigen Regierung nie freiwillig das Joch von unfreiem Nadeln nehmen; es wird dazu nur durch andere Kräfte gezwungen werden, und diese anderen Kräfte mobil zu machen, liegt wesentlich bei uns. Die heutigen Machthaber in Frankreich und Belgien streben nach einer weiteren Verleumdung und Anechtung des deutschen Volkes; die anderen großen Wirtschaftsländer der Welt suchen Deutschland und überhaupt ganz Mittel- und Osteuropa wieder in den Weltverkehr und die Weltwirtschaft einzubeziehen. Diese Tatsache ist ein Licht am außenpolitischen Himmel, das uns noch bei keiner Jahreswende so deutlich wie diesmal geblendet hat.

Vielen Deutschen schwebt die drange Frage auf den Lippen: „Wird's im neuen Jahre besser werden?“ Hierauf kann allein unser Volk selbst die Antwort geben. Sehen wir uns vornehmlich den Reiz der Reformen und der Opfer, der Re-

beit und der äußersten Selbstbeschränkung fort, so wird nach einigen schweren Monaten sich die Lage für Deutschland bessern.

## Der Kampf um die Arbeitszeit.

In Köln. Hier wurde gestern eine Konferenz der am 1. Januar für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen abgehalten, die aus allen Parteien von 20 Delegierten besucht war. Nach reger Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers anstehenden Schiedsspruch über die Arbeitszeitverlängerung und die Tarifverhältnisse abzulehnen, weil er jeder rechtlichen Grundlage entbehre und weil die darin festgesetzte Arbeitszeit weit über den Rahmen der Vorkonferenz in den großen Braunkohlentrieben hinausgehe. Schließlich richtete die Konferenz einen Appell an den Reichsarbeitsminister, die Rechtslage wieder herzustellen. Bis zur Neuregelung solle an der bisherigen tariflichen Arbeitszeit festgehalten werden.

In Berlin. Am Sonntag vormittag tagte im Saale des „Rheinpost“ eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Berliner Buchdruckerzeitung unter dem Vorsitz des Herrn Rud. Winkler. Die Stellungnahme zu dem im Arbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der vom 1. Januar ab eine 54-stündige Arbeitszeit vorsieht. Diesen Schiedsspruch verbindlich zu erklären, hat das Arbeitsministerium abgelehnt. Nach Referat von Herrn Schmidt, Winkler und Heermann beschloß die Versammlung einstimmig, das Arbeitsverhältnis sämtlicher Arbeitnehmer im Berliner Buchdrucker- und Zeitungsgewerbe zu dem nächstfolgenden Rundungstermin aufzulösen.

## Zur Arbeitszeit und Lohnregelung im Ruhrbergbau.

Die „Rheinische Zeitung“ aus dem Ruhrgebiet berichtet, wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Meißel in Wien zwischen den Bergbauverbänden und den Angehörigenverbänden über die Gehaltsfrage (Vollgehälter) und über die Arbeitszeit verhandelt. Da die Angehörigenvertreter mit den von den Arbeitgeberverbänden angebotenen Vollgehältern nicht zufrieden waren, kam auch keine Einigung über eine verlängerte Arbeitszeit zustande. Am Mittwoch der Reichs- und Staatskommissar am 3. Januar in beiden Fällen einen Schiedsspruch fällen. Wenn es in beiden Fällen über die verlängerte Arbeitszeit in den Kohleerzweigen gescheitert wäre, hätte die Regierung ein Ergebnis erzielt. Durch Schiedsspruch vom 30. November war der Gesamtbeschäftigten über eine Vergütung auf 420 Mark für die Schicht festgelegt worden. Dazu kam eine Teuerungszulage von 100 Milliarden gleich 25 Prozent des Goldmarklohnes. Dieser Teuerungszulage wurde inzwischen von 25 Prozent auf 10 Prozent herabgesetzt. Da diese Reduzierung, werden in der nächsten Woche die Teuerungszulagen ganz wegfallen. Gegen diesen beschlossenen Abbau wehren sich die Bergbauverbände.

## Zur Lage in Bayern.

In München. Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei hat nach eingehenden Beratungen beschlossen, es solle ein Volksbegehren eingeleitet werden, wonach 1. der Landtag aufgelöst und 2. der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werde, das den neu zu wählenden Landtag ermächtigen solle, mit einfacher Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder eine neue Verfassungsurkunde zu beschließen. Die Begründung des Gesetzesentwurfes, der dem Volksbegehren zu unterbreiten sei, soll als besondere Ziele der neuen Gesetzgebung enthalten: a) Einführung eines Staatspräsidenten, der u. a. auch das Recht haben solle, den Landtag aufzulösen; b) Einführung des Zweikammer Systems zur Vermeidung des parlamentarischen Betriebes und zur Verringerung seiner Kosten; c) Aenderung des Wahlrechts im Sinne einer Verbindung zwischen Wahlkreis und Abgeordneten; d) Erweiterung der Volksrechte (Volksbegehren und Volksentscheid).

## Der Münchener Landfriedensbruchprozess.

Im Landfriedensbruch-Prozess vor dem Volksgericht München gegen Mitglieder der früheren sozialistischen Sicherheitsabteilungen wegen der Zusammenkünfte mit Mitgliedern des Bundes Oberland im Brudermühlviertel lautete das Urteil für Jul. Jun., Gleißner und Obermaier wegen Landfriedensbruches auf je 10 Monate Gefängnis, für Brudermühl und Gohner auf je 3 Monate Gefängnis. Fünf weitere Angeklagte wurden zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte, darunter der Führer der Sicherheitsabteilung, Apotheker Waisson, erhielten Geldstrafen. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Eine Bewährungsfrist wurde den Verurteilten verweigert.

## Paul der deutschen Botschaft an den Papst.

Breslau. Die „Schlesische Volkszeitung“ verkündet eine Kundgebung des Fürstbischöflichen Kardinal-Bertram, die unter dem Namen der Fürstbischöflichen Konferenz an den Papst, an Amerika und an Holland richtet und in der er den Takt des Episkopats für die bisher an Deutschland geleistete Hilfe ausdrückt. Gleichzeitige richtet er die

Bitte, für die noch kommende Zeit weiter auf Binderung von Deutschlands Not beizutragen.

## Das Schicksal des „Dymuiden“.

Paris. Ueber das Schicksal des französischen Luftschiffes „Dymuiden“ und seiner Besatzung liegen zuverlässige Meldungen in Paris noch nicht vor. Dem „Matin“ wird aus Tunis berichtet, ein Segelschiff, das nach den Daten von Dakar zurückgekehrt ist, habe vor Gleda an der tunesischen Küste ein Floß beobachtet, auf dem sich drei Mann befunden hätten. Es werde angenommen, daß es sich um drei Mann der Besatzung des „Dymuiden“ handle. Ein Schlopper sei sofort zur Erkundung ausgesandt worden. Die Agentur Havas bestätigte die Richtigkeit dieser Nachricht.

Paris. Der sozialistische „Populaire“, dem die Verantwortung für seine Einstellung überlassen werden muß, teilt zu dem Verlust des „Dymuiden“ mit, der erste Monteur des Luftschiffes, Rouvert, ist einige Tage vor dem Ausbruch in Tunis in Urlaub gewesen. Er habe seinen Freunden Mitteilung davon gemacht, daß die befohlene Kreuzfahrt ihm gewisse Befürchtungen bereite. Einige Apparate des „Dymuiden“ seien nicht in Ordnung gewesen, und die von ihm gemeldeten Schäden seien nicht berücksichtigt worden. Er habe dem entsprechend die Fahrt als äußerst gefährlich betrachtet und den ganz bestimmten Entschluß gefaßt, daß er diesmal nicht wieder nach Hause kommen werde.

## Verkehrsstörungen infolge Schneetreibens.

Die seit mehreren Tagen mit starken Unterbrechungen anhaltenden starken Schneefälle, die auch heute vormittag bei mäßigem Frost reichlich weitergingen, haben zu mannigfachen Verkehrsstörungen geführt. Die Eisenbahnzüge erlitten zum Teil, namentlich auf den Gebirgsstrecken, stündliche Verspätungen. Zwischen Freiburg und Brind blieb ein Zug im Schnee stehen; er konnte jedoch durch eigene Kraft wieder flott gemacht werden.

Wörlitz. Nachdem in der Nacht zum ersten Feiertag und am ersten Weihnachtstages bei starkem Nordwestwind und 6-7 Grad Celsius hier und in der weiteren Umgebung starkes Schneetreiben geherrscht hat, dem eine Kälte bis zu 14 Grad Celsius gefolgt war, ist Sonntag abend vormittag bei leichtem Nordwestwind etwas Schneetreiben eingetreten. In den Straßen der Stadt liegt der Schnee durchschnittlich 20-25 Zentimeter hoch; doch sind auch zahlreiche Schneeverwehungen von über 1 Meter Höhe entstanden. Das Schneetreiben hatte bereits in den letzten Tagen zahlreiche Verkehrsstörungen, besonders im Post- und Jägerverkehr zur Folge, während der Fernverkehr und Telegraphenverkehr hier weniger empfindlich betroffen ist.

## Tagesgeschichte.

Um die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. In der nächsten Sitzung am 3. Januar des Reichstages dürfte ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes gestellt werden. Bei der demokratischen Partei und auch teilweise beim Zentrum soll Neigung bestehen, einem solchen Antrage zur Annahme zu verhalten. Ueber die Stellung der Reichsregierung zu dem Antrage verläutet noch nichts. Die „Welt am Montag“ in Berlin ist vom Oberbefehlshaber, General v. Seeckt, auf vier Wochen verboten worden. In dem Verbot heißt es: „Das Blatt habe in seiner Ausgabe vom 24. Dezember in dem Artikel „Verstärkte Inflation“ eine unzulässige Kritik an den finanziellen Maßnahmen der Regierung des Reichs und der Länder geübt, die geeignet sei, das für die Bindung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt nötige Vertrauen in der Öffentlichkeit zu erschüttern und dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden.“

Einkellung des Seefisches Zwinemünde-Villau. Die erste Finanzlage Deutschlands zwingt die Kabotten des Seefisches, die bisher zweimal wöchentlich von Zwinemünde über Danzig nach Villau und zurück erfolglos, vorläufig einzustellen, zumal der Verkehr in der Winterperiode äußerst schwach geworden ist. Die letzte Abfahrt von Zwinemünde findet am 3. Januar abends, die letzte Abfahrt von Villau am 5. Januar vormittags statt.

Der Ausbau der Binnenwasserstraßen in Russland. Die Deutsch-russische Transport-Handelsgesellschaft, die von der Sowjetregierung in Verbindung mit einem deutschen Unternehmen gegründet worden ist, hat den Ausbau der für Russland so wichtigen Binnenwasserstraßen in Angriff genommen. Wie in „Werft, Reederei, Hafen“ mitgeteilt wird, hat der deutsche Dampfer „Pionier“ von Oamburg eine Fahrt auf den Binnenwasserstraßen bis nach Ungelt am Kaspien gemacht; durch den finnischen Meerbusen und die Rewa erreichte er das Rania-Ranalech, das jetzt wieder in Handgeleit ist, und fuhr auf diesem in die Wolga und von dort nach Astrachan. Ein zweites Schiff, die „Enzell“, ist für denselben Dienst erbaut, während zwei Motorschiffe in Rittlingen und zwei weitere in Schweden in Bau sind. Mit Hilfe dieser Schiffe gelangen deutsche Waren ins Innere Russlands, nach dem Kaspien Meer und nach Persien, während russische Erzeugnisse nach Deutschland befördert werden. Durch den Bau eines Schiffahrtskanals zwischen Wolga und Don, der von einem amerikanischen Konsortium unternommen wird, kommen diese Wasserstraßen in Verbindung mit dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Außerdem soll eine Schiffahrtsstraße zwischen Kaspien Meer und Aralsee geschaffen werden.